

# Mitten in der Schlamm Schlacht

## Aufklärung oder Anpatzen: Der Wahlkampf wird jetzt richtig ungustiös

Michael Völker

Noch sind sehr viele Fragen offen. Klar ist aber, dass Mitarbeiter der SPÖ maßgeblich an einer Kampagne beteiligt waren, mit der die politischen Konkurrenten in Misskredit gebracht werden sollten. Diese Kampagne, die über mehrere Facebook-Seiten transportiert wurde, bediente sich dabei auch ganz gezielt antisemitischer, rassistischer und fremdenfeindlicher Vorurteile und Untergriffe. Das ist gerade auch für die sozialdemokratische Partei besonders verwerflich und beschämend.

Wer das tatsächlich so in Auftrag geben, finanziert und umgesetzt hat, ist noch nicht ganz klar. Die SPÖ, die restlose Aufklärung versprochen hat, trägt nur bedingt zu dieser bei und lässt sich mit der Veröffentlichung der Verträge mit ihrem mittlerweile gefeuerten Berater Tal Silberstein Zeit.

Soweit das in dieser misslichen Lage überhaupt möglich ist, versucht die SPÖ nun in die Offensive zu gehen. Recherchiert wird nicht nur die eigene Verwicklung in die Affäre, sondern auch die Beteiligung anderer Personen, die der SPÖ jedenfalls nicht nahe stehen. Unter reger Beteiligung der Medien macht sich die SPÖ auch auf die Suche nach den Maulwürfen in den eigenen Reihen.

Kanzler und SPÖ-Chef Christian Kern unterstellte seinem ÖVP-Kontrahenten Sebastian Kurz am Sonntagabend in der Fernsehdiskussion auf ATV ein „erstaunliches Insiderwissen“. Tatsächlich plauderte Kurz freimütig über die Anzahl der an der Kampagne beteiligten Mitarbeiter. Er scheint damit mehr zu wissen als jene Personen in der SPÖ, die derzeit mit der Aufklärung der Vorgänge befasst sind.

Dass es einen oder mehrere Maulwürfe in der SPÖ gegeben hat, die aus unterschiedlichen Motiven ihr Insiderwissen nach außen und offenbar auch direkt an die ÖVP weitergegeben haben, scheint klar zu sein. Das entschuldigt oder mildert keinesfalls die Verwerflichkeit der Schmutzkübelkampagne, die augenscheinlich in der SPÖ ihren Ausgang genommen hat, wirft aber sehr wohl Fragen auf, wer außerhalb der SPÖ und aus welchen Motiven in diese Kampagne involviert war und wer letztendlich davon profitiert. Bei aller Vorsicht: Verbindungen von Mitarbeitern der Kampagne in andere Parteien, auch in die ÖVP, scheinen belegt zu sein. Auch die gezielte

Veröffentlichung von Insiderwissen scheint auf Personen zurückzugehen, die gute Kontakte in die ÖVP haben.

Aufgeklärt sind diese Umstände noch nicht, und es ist fraglich, ob das bis zum Wahltag möglich sein wird. Dass die ÖVP im Anpatzen ihrer politischen Mitbewerber niemals zimperlich war, ist eine Tatsache. Dass sich dies unter ihrem neuen Chef Kurz geändert haben sollte, ist unwahrscheinlich. Hier soll definitiv keine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen werden, aber die Rolle der ÖVP in diesem Skandal muss sehr wohl auch beleuchtet und aufgeklärt werden.

Die Angelegenheit ist derart unappetitlich, dass sie ein verheerendes Licht auf das gesamte Parteiensystem wirft. Auch die persönliche Feindschaft und Aversion, die Kern und Kurz so offen vor sich her tragen, trägt nicht dazu bei, Vertrauen in die Politik zu fassen und dem Wahlkampf etwas Positives abgewinnen zu können. Dass jetzt noch alle relevanten Sachthemen in der Schlamm Schlacht der Parteien verschüttet werden, ist ein Schaden für die Demokratie und vor allem auch für jene Menschen bedauerlich, die ihre Anliegen nicht mehr von der Politik vertreten sehen.

## KOPF DES TAGES

### Ein Mann der scharfen Töne will nach oben

Als Albrecht Glaser am 12. Februar 2017 angetreten war, um sich in Deutschland zum Bundespräsidenten wählen zu lassen, da war eines klar: Er wird dieses Amt nicht bekommen. Außer den AfD-Vertretern wählt ihn ohnehin keiner in der Bundesversammlung. Jetzt möchte er wieder ein höheres Amt, nämlich jenes des Bundestagsvizepräsidenten. Doch erneut schlägt dem 75-jährigen Widerstand entgegen, diesmal recht massiver.

Denn während Glaser vor neun Monaten noch zum AfD-Personal aus den hinteren Rängen zählte, hat er sich mittlerweile bekannter gemacht, und das mit starken Sprüchen. Die Älteren in Hessen kennen ihn noch aus der CDU, die Erinnerungen allerdings sind nicht die besten.

Glaser stammt aus Worms, er studierte Rechts-, Staats- und Verwaltungswissenschaften in Heidelberg, Tübingen und Speyer, war Hochschuldozent sowie Sprecher der Deutschen Burschenschaft. 1970 trat er in die CDU ein und engagierte sich später in der Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Danach wechselte er nach Hessen, wo er 1997 Stadtkämmerer von Frankfurt am Main wurde.

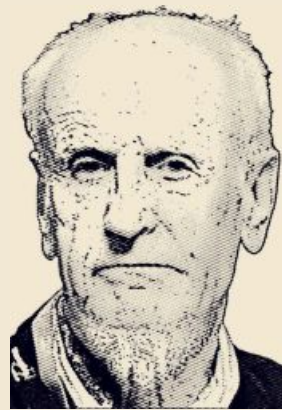
In dieser Funktion legte er, am Stadtparlament vorbei, einen Aktienfonds aus Steuergeldern an. Im Zuge

der Finanzkrise verlor dieser „Glaserfonds“ stark an Wert und die Stadt einen zweistelligen Millionenbetrag. Glaser betont heute noch, alles richtig gemacht zu haben, die Finanzkrise sei eben nicht voraussehbar gewesen.

2012 trat Glaser aus der CDU aus und ein Jahr später in die AfD ein. Er ist zwar einer der drei Vizesprecher, war aber bisher in den Medien nicht so präsent wie etwa Fraktionschef Alexander Gauland, wofür er in der FAZ diese Erklärung abgegeben hat: „Kluge sind nie eitel.“

Doch der vierfache Vater – der jüngste Sohn ist zehn – hält mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bezeichnet er als „Autorassisten“, über Flüchtlinge sagt er: „Die Massenimmigration bedeutet den Untergang Deutschlands und des Kontinents.“

Drastisch äußert er sich über den Islam. Dieser wolle andere Religionen auslöschen: „Bei 40 Prozent (Anteil von Muslimen an der Bevölkerung eines Landes, Anm.) finden Massaker statt und Terrorattacken, bei 60 Prozent haben wir eine uneingeschränkte Verfolgung Andersgläubiger, sporadische ethnische Säuberungen und Einsatz des islamischen Rechts als Waffe.“ Sich selbst hält Glaser hingegen für einen „Musterdemokraten“. Birgit Baumann



Viel Widerstand gegen AfD-Mann Albrecht Glaser im Deutschen Bundestag.

Foto: dpa